

## 2.4NEU Chancen für alle: Faire Arbeit

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: 2. GEMEINSAM und GERECHT - für eine solidarische Brandenburg

Status: Modifiziert

1 Ob Erwerbsarbeit, Ehrenamt oder Familienarbeit: Arbeit hat in unserer Gesellschaft einen zentralen  
2 Stellenwert. Gute Erwerbsarbeit ist für viele die Grundlage für ein gesichertes Einkommen, soziale  
3 Anerkennung und ein selbstbestimmtes Leben in Würde. Globalisierung und Digitalisierung wirken sich  
4 besonders stark auf die Arbeitswelt aus. In Brandenburg sind viele neue Arbeitsplätze entstanden, die Zahl  
5 der Arbeitslosen ist heute mit unter 7% so niedrig, wie noch nie seit 1991. Doch viele der Arbeitsplätze sind  
6 befristet, Minijobs oder unsichere Leiharbeit. Auch das Lohngefälle zu den westlichen Bundesländern ist  
7 nach wie vor groß, mehr als ein Drittel aller Beschäftigten in Brandenburg arbeitet im Niedriglohnsektor -  
8 oft in Jobs, in denen sie so wenig verdienen, dass sie mit Wohngel oder ALG II aufstocken müssen.

9 Wir wollen nicht zulassen, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufgeht. Unser grünes  
10 Gesellschaftsbild ist geprägt von Chancengleichheit, Solidarität und Teilhabe. Sozialverträgliche  
11 Beschäftigung und faire Entlohnung gehören für uns zu den Grundlagen nachhaltigen Wirtschaftens.  
12 Schlecht bezahlte, unsichere Jobs erschweren die Lebens- und Familienplanung und führen auf Dauer zu  
13 Armut im Alter. Die Herausforderung der Zukunft wird es sein, einen Arbeitsmarkt zu schaffen, der allen  
14 Menschen gerechte Chancen und fairen Arbeitslohn bietet.

15 Wir setzen uns für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein, für ein Ende der  
16 Lohndiskriminierung von Frauen und gleichen Lohn für gleiche Arbeit. „Typische Frauenberufe“,  
17 beispielsweise in der Pflege, müssen endlich aufgewertet und besser bezahlt werden –  
18 Geschlechterstereotype bei der Berufswahl wollen wir überwinden.

19  
20 Verkaufsoffene Sonntage sehen wir sehr kritisch. Sie behindern die Familienzeit der Angestellten,  
21 untergraben den letzten weitgehend kommerzfreien Wochentag und begünstigen die großen Ketten  
22 gegenüber den kleinen Läden, die zusätzliche Öffnungstage oft nicht stemmen können. Wir wollen sie  
23 deshalb auf ganz besondere Anlässe reduzieren.

### 24 **Öffentliche Hand als Vorbild**

25 Errungenschaften wie der Mindestlohn dürfen nicht aufgeweicht werden. Prekäre Entlohnung im  
26 öffentlichen Auftrag darf es nicht geben. Das betrifft die Vergaberichtlinien des Landes Brandenburg  
27 genauso wie prekäre Beschäftigungsverhältnisse an Musik- und Hochschulen. Wer aus öffentlichen Mitteln  
28 finanziert wird, muss eine faire Bezahlung erhalten. Die öffentliche Hand wollen wir zum Vorbild für gute  
29 Arbeit machen. Mobbing, Überstunden, ständige Erreichbarkeit: Arbeit darf nicht krank machen. Deshalb  
30 werben wir für eine gesundheitsfördernde Arbeitskultur und altersgerechte Arbeitsplätze.

31 Die Beteiligungsrechte der Personalräte im Personalvertretungsgesetz Brandenburg wollen wir ausbauen,  
32 besonders in Bezug auf Arbeitsverdichtung und die Auswirkungen der Digitalisierung. Verstöße gegen die  
33 Beteiligungsrechte der Personalräte müssen gerichtlich unterbunden werden können.

### 34 **Ausbildung**

35 Das System der dualen Ausbildung hat sich bewährt, doch bei vielen Jugendlichen mit  
36 Vermittlungshemmnissen stößt es an seine Grenzen. Daher brauchen wir gute Schulsozialarbeit und  
37 Qualifizierungsmaßnahme wie „produktives Lernen“ oder überbetriebliche Lernorte, die benachteiligte oder  
38 geflüchtete Jugendliche auf ihrem Weg in die Ausbildung oder Berufsfindung begleiten.

39 Arbeit bedeutet gerade für Menschen mit Behinderung gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb wollen wir  
40 ihnen bessere Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt ermöglichen und dazu Modellprojekte initiieren.

**41 Langzeitlose in Arbeit bringen**

42 Immer noch sind in Brandenburg mehr als 80.000 Menschen ohne Arbeit. Um sie dauerhaft in Arbeit zu  
43 vermitteln, müssen sie individuelle Betreuung und Zugang zu aktivierender und qualifizierender Förderung  
44 erhalten. Wir wollen die Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose verbessern. Wir brauchen sinnvolle  
45 Weiterbildungsmaßnahmen, die nachhaltig wirken und nicht nur dazu dienen die Statistik zu schönen.  
46 Diese müssen auf Augenhöhe mit den Betroffenen regelmäßig evaluiert und weiter ausgebaut werden. Die  
47 Sanktionen gegenüber ALG II-Bezieher\*innen sind wirkungslos und diskriminierend. Die  
48 Hinzuverdienstregeln sind zudem so restriktiv, dass sich Arbeit kaum lohnt und das ALG II zu einer  
49 Stilllegungsprämie verkommt. Wir fordern deshalb auf Bundesebene ein Ende der Sanktionen, bessere  
50 Hinzuverdienstregeln und eine Reform der Grundsicherung. Statt Androhung und Strafe wollen wir  
51 Motivation, Anerkennung und gute Beratung. Das setzt voraus, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter  
52 der Jobcenter und Arbeitsagenturen gut geschult sind und Zeit zur individuellen Betreuung haben. Auf  
53 Bundesebene setzen wir uns für ein wissenschaftlich begleitetes Modellprojekt zum bedingungslosen  
54 Grundeinkommen (BGE) ein

55 Die Lage der Langzeitarbeitslosen ist besonders schwierig. Arbeitsmarktprogramme, die diesen Menschen  
56 lediglich eine kurzfristige Beschäftigung auf dem „zweiten“ oder „dritten“ Arbeitsmarkt ermöglichen, haben  
57 sich im Land Brandenburg als nicht zielführend erwiesen. Im Gegenteil, viele der Teilnehmenden der  
58 ehemaligen Maßnahmen standen wegen der fehlenden Nachhaltigkeit der Programme bald wieder ohne  
59 Arbeit da. Wir möchten, dass für diese Menschen Arbeit öffentlich durch Programme gefördert wird. Für uns  
60 steht dabei im Vordergrund, dass die Programme auf Langfristigkeit angelegt sind. Mit einem  
61 Passiv-Aktiv-Transfer werden ALG II und Kosten der Unterkunft in einen Zuschuss zu den Lohnkosten  
62 umgewandelt. Langzeitarbeitslosen Menschen wird dadurch die Aufnahme einer regulären,  
63 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung erleichtert. Soziale Teilhabe wird wieder möglich. Wir werden  
64 uns gegenüber der kommunalen Ebene und im Bund für die Einführung des Passiv-Aktiv-Transfers  
65 einsetzen. Die bestehende Maßnahme „Integrationsbegleitung für Langzeitarbeitslose und  
66 Familienbedarfsgemeinschaften“ möchten wir fortführen.